



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10457**  
Datum: 08.02.2012  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto: 1.11101.06/58110220  
Verfasser: Frau Sabine Wolff  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.02.2012 28.03.2012	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu  
Eingliederungshilfen für behinderte Menschen**

Die Ausgaben für die Eingliederungshilfe behinderter Menschen haben sich laut aktuellem Bericht des Statistischen Bundesamtes zu Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 2009 in den letzten 20 Jahren mehr als verdreifacht.

Ich frage daher:

1. Welchen Anteil machen die Eingliederungshilfen am gesamten Sozialhilfeausgabenhaushalt in der Stadt Halle aus?
2. Welche Konsequenzen zeitigen diese (vermutlich auch weiterhin steigenden) Ausgaben für die Haushaltsmittel, die zukünftig im vorsorgenden Bereich für Projekte zur Verfügung stehen?
3. Wie will die Stadt Halle dieser Entwicklung begegnen?

gez. Sabine Wolff  
Stadträtin NEUES FORUM

**TOP: 8.10**  
**Vorlagen-Nummer: V/2012/10457**

**Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu Eingliederungshilfen für behinderte Menschen**

**Antwort der Verwaltung:**

Zu 1.

**Welchen Anteil machen die Eingliederungshilfen am gesamten Sozialhilfeausgabenhaushalt in der Stadt Halle aus?**

Die Eingliederungshilfe für Behinderte ist eine Aufgabe des überörtlichen Trägers. Die Stadt Halle ist als herangezogene Gebietskörperschaft zwar als Bewilligungsbehörde herangezogen, an der Abrechnung und an der Zahlung aber nicht beteiligt. Demzufolge sind Eingliederungsmittel im städtischen Haushalt auch nicht veranschlagt. Im städtischen Haushalt findet die Eingliederungshilfe lediglich ihren Niederschlag in Form von Personalkosten für das mit dieser Aufgabe beschäftigte Personal. Diese betragen 1,245 Mio Euro.

Zu 2.

**Welche Konsequenzen zeitigen diese (vermutlich auch weiterhin steigenden) Ausgaben für die Haushaltsmittel, die zukünftig im vorsorgenden Bereich für Projekte zur Verfügung stehen?**

Das Land als zuständiger Kostenträger hat bei der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfen das letzte Wort. Planungen werden zwar auf verschiedenen Ebenen auch mit den Kommunen diskutiert. Eine längerfristige Prognose kann jedoch von hier dazu nicht abgegeben werden.

Zu 3.

**Wie will die Stadt Halle dieser Entwicklung begegnen?**

Außer der erwähnten Mitberatung hat die Stadt keine Einflussmöglichkeiten.

Tobias Kogge  
Beigeordneter